

Stellungnahme der Elternbeiräte der Kindertagesstätte Forstweg zur Änderung der Satzung für die Kindertageseinrichtung der Stadt Norderstedt

Die Notwendigkeit zur Änderung der Satzung ist bedauerlich, da die politische Entscheidung, das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr zurück zu nehmen, falsch ist.

Öffentliche Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten bekommt seit Jahren ein immer größer werdendes Gewicht in der frühen Entwicklung der Kinder. Hinzu kommt, dass sie Kindern mit Migrationshintergrund und jenen aus sozial schwachen Familien endlich eine Tür in ihre eigene Zukunft öffnet. An diesem Punkt darf nicht gespart werden!

Eine unmissverständliche Einschränkung für Familien mit Kindern ergibt sich nun aus der Streichung des eben erst eingeführten beitragsfreien Kitajahres. Gerne wurde behauptet, dass die Streichung in den Familien in Bezug auf Ausgabeverhalten, Nutzung von Kita-Bildungsangeboten oder Erwerbstätigkeit keine Auswirkungen haben würde. Schön, wenn es so wäre. Leider ist genau das Gegenteil der Fall!

Die Mehrbelastung der Familienhaushalte ist ein politisches Signal an Eltern, nicht willkommen zu sein. Sie sind ein Haushalts- und Konkursrisiko für die Gemeinde, den Kreis und das Land - eine unerwünschte Last für alle Anderen. Insbesondere Erwerbstätigen und Steuern zahlenden Eltern wird ein weiterer Anteil an gesellschaftlicher Finanzverantwortung zugewiesen. Dieses steht deutlich im Widerspruch zu allen auf Landes- und Bundesebene formulierten Zielen: Familien zu stärken und zu entlasten. Politik wird für Eltern unglaublich! Die familien- und bildungspolitische Wichtigkeit von frühkindlicher Bildung wird dabei vollständig ausgeblendet.

Eltern in Schleswig-Holstein zahlen im Bundesvergleich die höchsten Elterngebühren, die zudem im ganzen Land unterschiedlich berechnet und begründet werden. Im europäischen Vergleich geht einer zwölfjähriger Schulzeit in der Regel mindestens ein ganztägiges kostenloses Vorschuljahr voraus. In Schleswig-Holstein hingegen wird sowohl vorne, als auch hinten gekürzt. Die Ausgaben von Familien steigen stetig an. Gleichzeitig wirkt sich die Höhe der Kitagebühren weder auf die Leistungen nach Hartz IV, noch auf die Höhe von Unterhaltsansprüchen aus. Jede Veränderung von Kitagebühren kommt direkt in den Familien an und beeinflusst die finanzielle Familiensituation nachhaltig. Kitagebühren sind schon lange kein „Luxusproblem“ mehr, sondern ein existenzielles! Es handelt sich dabei auch nicht um die Höhe eines „Trinkgeldes“. Für einen Halbtagsplatz im Elementarbereich sind 130,- Euro pro Monat der Durchschnitt, für einen Ganztagsplatz oftmals 230,- Euro. Hinzu kommen durchschnittlich 60,- Euro im Monat für die Mittagsverpflegung.

Die Politik hat den Ernst der Lage offensichtlich noch nicht begriffen. Oder fehlt es in unserem Land an dem tatsächlichen Interesse an einer guten Bildung für die junge Generation?

Geht es den Politikern nicht um mehr als Wählerstimmen?

Beim Betrachten dieses unterkühlten, kalkulierten Umgangs mit den Problemen der Familien und Kinder, schleichen sich doch allmählich Zweifel an der Glaubwürdigkeit mancher politischer Entscheidung ein.

gez.

Sandra Segebrecht, Vorsitzende der Eltern im Beirat der Kindertagesstätte Forstweg

Mathias Janßen, Stellvertreter der Eltern im Beirat der Kindertagesstätte Forstweg